

# RHEIN-NECKAR-ZEITUNG

Rhein-Neckar-Zeitung GmbH, Neugasse 2, 69117 Heidelberg  
Internet: www.rnz.de. Erscheint werktäglich in 9 Ausgaben



Zustell-Service: Tel. (0 62 21) 5 19 - 13 00, Fax 5 19 - 9 13 00.  
Anzeigen-Aannahme: Tel. (0 62 21) 5 19 - 11 90, Fax 5 19 - 9 11 50.  
Verlag und Redaktion: Tel. (0 62 21) 5 19 - 0, Fax 5 19 - 9 50 00.

HEIDELBERGER

NACHRICHTEN

Auszug aus der Ausgabe Nr. 241 vom 17.10.2019

© Rhein-Neckar-Zeitung

## RNZ-LEXIKON: Tag gegen Armut

Der Internationale Tag für die Beseitigung der Armut geht auf eine Initiative des Priesters Joseph Wresinski und 100 000 weiterer Personen zurück, die sich am 17. Oktober 1987 auf dem Trocadero-Platz in Paris versammelten, um ihr „Nein“ zu extremer Armut zum Ausdruck zu bringen und die Menschheit dazu aufzurufen, sich gemeinsam für die Menschenrechte einzusetzen. Seit 1992 wird der Welttag jedes Jahr am 17. Oktober gefeiert.

Drei Anliegen verbinden sich mit dem Tag gegen Armut: den Widerstand der von Armut betroffenen Menschen gegen Elend und Ausgrenzung zu würdigen, den Not leidenden und ausgegrenzten Menschen Gehör zu verschaffen und mit ihnen ins Gespräch zu kommen sowie sich mit den Allerärmsten dafür einzusetzen, dass die Rechte aller wirklich für alle gelten.

Im September 2015 tagte die UN-Generalversammlung in New York und verabschiedete einen Weltzukunftsvertrag: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung mit 17 Zielen. An erster Stelle steht dabei, extreme Armut in allen Formen zu beseitigen. bma

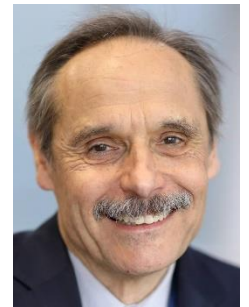
---

## „Leben Studierende, die weniger als 1000 Euro haben, in Armut?“

### Georg Cremer warnt vor einer überspitzten Debatte über materielle Not – Fokus auf Risikogruppen

Von Benjamin Auber

Heidelberg. Georg Cremer (67, Foto: zg) lehrt als außerplanmäßiger Professor für Volkswirtschaftslehre an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Von 2000 bis 2017 war Cremer Generalsekretär des Deutschen Caritasverbandes.



*Herr Cremer, fast wöchentlich erscheinen neue Statistiken, die belegen, dass die Armutsgefährdung in Deutschland zunimmt. Stimmt der Befund?*

Wir sprechen hier von dem Anteil der Menschen, deren Einkommen unterhalb von 60 Prozent des mittleren Einkommens liegt. Vor 2005, in der Zeit der Massenarbeitslosigkeit, hatten wir einen sehr deutlichen Anstieg der Ungleichheit und damit auch des Armutsrisikos. Seitdem war die Entwicklung einigermaßen stabil oder die Ungleichheit hat weiter leicht zugenommen. Da streiten sich die Ökonomen.

*Bilden also die Studien nicht die tatsächliche Armutsgefährdung ab?*

Die Statistiken sind mit einigen Unsicherheiten in Ordnung. Gestritten wird über die Interpretation der Daten. Die Armutsgefährdungsgrenze für einen Alleinstehenden liegt bei circa 1000 Euro, bei einem Paar mit zwei Kindern bei circa 2500 Euro. Leben Studierende, die weniger als 1000 Euro haben, in Armut? Was heißt genau Armutsgefährdung? Wo hört die Gefährdung auf und wo fängt die Armut an? Auch die skandinavischen Wohlfahrtsstaaten haben es nie vermocht, allen Bürgern ein Einkommen oberhalb der 60-Prozent-Schwelle zu garantieren. Wir sollten eher die Risikogruppen stärker in den Blick nehmen. Menschen mit geringer beruflicher Qualifikation, Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende und jene Menschen im Alter, die trotz langer Erwerbstätigkeit nicht mehr haben, als wenn sie nie gearbeitet hätten.

*Deutschlands Wirtschaft zeigt seit Jahren einen positiven Trend. Hätte die Armut nicht deutlich zurückgehen müssen?*

Der positive Trend auf dem Arbeitsmarkt wurde überlagert von anderen Entwicklungen. Die Migration nahm zu. Es gibt mehr Alleinerziehende. Viel mehr junge Menschen studieren, ihr Berufseinstieg findet daher später

statt. Der boomende Arbeitsmarkt zeigt sich bei anderen Indikatoren. In allen Einkommensgruppen ist Angst vor Arbeitslosigkeit deutlich zurückgegangen und die Lebenszufriedenheit hat zugenommen. Es verbessern sich die Werte zur sogenannten materiellen Entbehrung, zum Beispiel, ob Haushalte eine größere Reparatur stemmen können.

*Wenn man Ihnen zuhört, könnte man glauben, das Problem ist viel kleiner, als der öffentliche Diskurs suggeriert ...*

Der öffentliche Diskurs findet in Lagern statt. Auf der einen Seite Untergangsszenarien, die sozialen Verhältnisse würden sich ständig verschlechtern, andererseits auch Kommentatoren, die alles für Jammern auf hohem Niveau halten. Alle sollten rhetorisch abrüsten, damit wir über den konkreten Handlungsbedarf streiten können.

*Sie sprechen davon, dass sich Deutschland mit einem „Niedergangsdiskurs“ beschäftigt. Was meinen Sie damit?*

Es wird behauptet, der Sozialstaat sei ständig abgebaut worden. Zu oft wird in die Tasten des Klaviers der Empörung geschlagen. Wir haben jetzt beispielsweise das „Gute-Kita-Gesetz“. Familien, die Hartz-IV-Leistungen, Kinderzuschlag oder Wohngeld erhalten, werden nun verlässlich von den Kita-Gebühren befreit. Für Familien im Hartz-IV-Bezug entfallen auch die Kosten von Schultransport und Schulessen. Das ist sehr positiv. Hier hat die Politik gehandelt, wird aber kaum wahrgenommen. Auf die Armutsmessung hat das übrigens keine Auswirkung. Zwar werden die Familien entlastet, aber ihr Nettoeinkommen, das der Armutsmessung zugrundeliegt, steigt dadurch nicht.

*Wie kann Armut wirksam bekämpft werden? Höhere Hartz-IV-Sätze oder ein Mindestlohn über zwölf Euro?*

Die Berechnung der Hartz-IV-Sätze folgt einem statistischen Verfahren, was ich für grundsätzlich geeignet halte. Über die Höhe muss politisch gestritten werden. Eine Erhöhung würde den Beziehern mehr Flexibilität in ihrer Lebensführung geben. Allerdings nähme dann auch die Zahl der Menschen zu, die ergänzend Hartz-IV-Leistungen oder Grundsicherung im Alter bekommen. Dann darf man nicht wieder „Skandal“ rufen.

*Und ein höherer Mindestlohn?*

Darüber müssen Tarifpartner und Wissenschaftler in der Mindestlohnkommission entscheiden. Das ist eine kluge Regelung. Bei einer politischen Setzung des Mindestlohns wäre die Gefahr groß, dass viele Menschen mit geringen Qualifikationen nicht mehr am Arbeitsmarkt teilhaben können.

*Was muss sich ändern, damit die richtigen Maßnahmen für die Armutsprävention ergriffen werden?*

In manchen Branchen ist der Mindestlohn noch nicht voll umgesetzt. Auch mehr Tarifbindung wäre höchst wünschenswert. Der Sozialstaat muss Armut durch materielle Hilfen und eine Politik der Befähigung bekämpfen. Der enge Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildung ist nicht gottgegeben. Der schlechteste Fall für dieses Land ist die Kombination von hohen sozialen Bedarfslagen und gleichzeitig Fachkräftemangel – da müssen wir gegensteuern.

---

## Arm in einer reichen Stadt



**12 000 Heidelberger leben mit sehr wenig Geld – Zwei von ihnen erzählten der RNZ aus ihrem Alltag – „Wir brauchen mehr Gerechtigkeit“**

Magnus Lück und Michelle Grathwohl arbeiten  
– aber zum Leben reicht es kaum.  
Foto: rie

Von Sebastian Riemer

Heidelberg ist eine wohlhabende Stadt – aber rund 12 000 Einwohner sind arm oder armutsgefährdet. Sie haben so wenig Geld, dass sie bei jeder Brezel für 70 Cent überlegen müssen, ob sie sich das wirklich leisten können. Michelle Grathwohl und Magnus Lück sind zwei dieser 12 000 Heidelberger. Sie gehen arbeiten – und müssen doch am Ende jedes Monats ganz genau rechnen.

„Der Monat ist immer länger als der Geldbeutel tief ist“, sagt Lück. Dem 61-Jährigen sieht man sein Alter nicht an. Das ist erstaunlich – denn sein Körper ist nach Jahrzehnten schwerer Arbeit völlig kaputt. Lück gilt als schwerbehindert. „Grad der Behinderung: 70 Prozent“, sagt er.

Als junger Mann ist Lück Lagerarbeiter, hantiert mit 115-Kilo-Fässern, danach geht er auf den Bau. Schon damals hat er drei Leistenbrüche. Als Industriekaufmann ergattert er einen Bürojob – doch dann wechselt er zum Bühnenaufbau. „Die Knochenjobs ziehen sich durch mein Leben.“ 2005 die Katastrophe: Seine Beziehung zerbricht, Lück wird obdachlos. „Ich schlief im Wald, ernährte mich von Brombeeren.“ Doch er rappelt sich wieder auf, arbeitet in der Schreinerei des Wichernheims. „Dann kam’s richtig böse: fünf Bandscheiben-OPs in einem Jahr.“

Nach der Reha beantragt er eine Erwerbsunfähigkeitsrente, aber das Sozialgericht meint, er könnte sechs Stunden am Tag arbeiten. Der Lebensmut verlässt ihn, Lück schluckt einen Medikamentencocktail. Aber er überlebt – und kämpft weiter. Doch er findet keinen Job. „Ich war über 50, körperlich kaputt – unvermittelbar.“ Vor drei Jahren dann das Wunder: Er findet auf eigene Faust eine Wohnung, kann aus der Notunterkunft raus. Sechs Jahre lang (!) stand er auf einer Dringlichkeitsliste der Wohnungsgesellschaft GGH – ein Angebot bekam er nie.

Wenig später bringt ihn das Projekt Einstieg des Vereins zur beruflichen Integration und Qualifizierung (VBI) ins Offene Atelier in der St. Albert Kirche in Bergheim. Er betreut die Künstler, führt Besucher herum – fünf Tage die Woche, sechs Stunden täglich. Zieht er seine Miete ab, hat er nicht mehr als ein Hartz-IV-Empfänger. Aber: „Ich habe einen geilen Job, ich werde gebraucht, ich behalte meine Würde.“ Noch zwei Jahre läuft sein Vertrag im Atelier, der auch mithilfe des neuen Teilhabechancengesetzes finanziert wird. Dann ist Lück 63 – und will endlich in den Ruhestand. „Obwohl ich so lange gezahlt habe in die Rentenkasse, lande ich in der Grundsicherung.“ Er hat Angst, dass man ihm dann seine kleine Zwei-Zimmer-Mietwohnung in Bergheim nimmt. „Das könnte ich schwer verkraften.“

Während Lück sein Leben erzählt, nickt Michelle Grathwohl, die ebenfalls schwerbehindert ist – ein angeborener Gehirnschaden. Auch sie kennt den täglichen Lebenskampf. Die 35-Jährige ist alleinerziehend, lebt mit ihrem achtjährigen Sohn und ihrer sechsjährigen Tochter in Kirchheim. Sie war viele Jahre Hauswirtschaftshelferin in einem Seniorenheim. Dort wurde sie gemobbt, man zwang ihr Arbeitszeiten auf, die nicht mit den Kindern vereinbar waren – bis sie kündigte.

Heute hat die Heidelbergerin eine Stelle beim VBI, 20 Stunden pro Woche. Sie ist Aufstockerin, das Jobcenter zahlt ihre Miete. Zum Leben bleiben ihr und ihren Kindern gut 600 Euro im Monat. „Ich kaufe Klamotten auf dem Flohmarkt, gehe für Lebensmittel auch mal zur Tafel.“ Sie versucht alles, den Kindern eine unbeschwertere Kindheit zu bieten. „Dass wir ab und zu etwas unternehmen können, spare ich mir vom Munde ab.“ Neulich waren sie sogar im Holiday-Park – für eines der Kinder bezahlte eine Freundin den Eintritt.

Lück kennt das: Der Musikfan dreht jeden Cent drei Mal um, damit er einmal im Monat ein Livekonzert in der Musikkneipe „Karl“ besuchen kann. „Ich trage seit einem Jahr die gleiche Jeans.“ Er solle doch in die Kleiderkammer gehen, hört er oft. „Aber ich habe doch einen Stolz: Ich habe eine Arbeit – und will mir meine Klamotten selbst kaufen können.“ Auch Grathwohl ärgert sich über die Ratschläge und Vorurteile anderer. „Arme Menschen sind nicht faul. Ich habe das Jobcenter förmlich angefleht: ‚Gebt mir Arbeit!‘“, sagt sie.

Ihre Kinder seien manchmal weniger Kind, als sie es sich wünschen würde. „Vor Jahren wollte ich meinem Sohn nach einer Mandel-OP etwas gönnen und ein Eis essen gehen. Er sagte nur: ‚Mama, das ist nicht nötig, wir haben doch Eis zuhause.‘“ Grathwohls größter Wunsch: einmal eine ganze Woche gemeinsam in Urlaub fahren.

„Ich sehe keine Solidarität mehr in der Gesellschaft“, sagt Magnus Lück, „die Schere zwischen Arm und Reich klafft immer weiter auseinander.“ Er wünscht sich eine soziale Politik. Grathwohl stimmt zu: „Wir brauchen mehr Gerechtigkeit.“